



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Günther Hildebrand (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Rechtsstreitigkeiten bezüglich Natura-2000 Gebieten

1. Wie viele Rechtsstreitigkeiten sind bezüglich der in der in diesem Jahr durch das Kabinett ausgewählten Flächen für Natura-2000 Gebiete anhängig?

Es sind 43 Rechtsstreitigkeiten anhängig.

2. Um welche Gebiete handelt es sich hierbei ggf. und wer ist Antragsstellerin/ bzw. Antragsteller?

Es handelt sich um verschiedene Privatpersonen sowie die Gemeinden St. Peter-Ording, Kirchspiel Garding, Tating und Stadt Tönning. Betroffen sind die Gebiete Eiderstedt, Eider-Treene-Sorge, Erweiterung Lauenburger Elbvorland und die Alster bei Wulksfelde.

3. Sind diese Gebiete bereits gemeldet oder beabsichtigt die Landesregierung sie an den Bund zu melden bevor eine Entscheidung der Gerichte vorliegt und wenn ja, warum?

Die Gebiete sind bis auf die Fläche Erweiterung Lauenburger Elbvorland nicht gemeldet. Das Land hat gegenüber dem Verwaltungsgericht zugesichert, die Vogelschutzgebiete Eiderstedt und Eider-Treene-Sorge sowie den betroffenen Teil des FFH-Gebiets Alster bei Wulksfelde bis zu dem vom Gericht in Aussicht genommenen Verhandlungstermin am 26.10.2004 nicht an das Bundesministerium

für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) weiterzuleiten. Hinsichtlich der Lauenburger Fläche hat der Antragsteller keinen Antrag auf Nichtmeldung gestellt, sondern es geht hierbei ausschließlich um ein selbstständiges Beweisverfahren.

4. Sind neben den am 29. Juni 2004 durch die Landesregierung beschlossenen FFH-Gebieten dem Umweltministerium bereits weitere FFH-Gebietsneuvorschläge bzw. Gebietserweiterungen bekannt bzw. beantragt worden und wenn ja, seit wann und um welche Flächen handelt es sich?

Nein. Die EU-Kommission hält allerdings an zwei Gebietserweiterungen (Erweiterung des Elbästuars bei Brunsbüttel/St. Margarethen und Erweiterung des Gebietsvorschlages Traveförde) fest, die bereits im Rahmen der Gespräche mit der Generaldirektion Umwelt im Januar 2004 nachgefordert wurden, vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage 15/3307 vom 12.03.2004.